

Jungen Piraten e.V.

Schiedsgerichtsordnung

**Beschlossen durch die Bundesmitgliederversammlung 2014.Q1
am 16.03.2014 in Erfurt.**

§1 Grundlagen

1. Die Schiedsgerichtsordnung regelt das Verfahren vor den Schiedsgerichten.
2. Sie ist für Schiedsgerichte jeder Ordnung bindend. Eine Erweiterung oder Abänderung durch andere Gliederungen ist nur an den Stellen und in dem Rahmen zulässig, soweit dies diese Ordnung ausdrücklich vorsieht.

§2 Schiedsgericht

1. Auf der Bundesebene wird ein Schiedsgericht eingerichtet. Auf Landesebenen kann die Mitgliederversammlung beschließen, ein Schiedsgericht einzurichten.
2. Die Schiedsgerichte sind unabhängig und an keinerlei Weisungen gebunden.
3. Die Richter*innen fällen ihre Entscheidungen nach bestem Wissen und Gewissen auf Grundlage der Satzungen und gesetzlichen Vorgaben.
4. Während eines Verfahrens haben Richter*innen ihre Arbeit außerhalb des Richter*innengremiums nicht zu kommentieren. Mit der Annahme ihres Amtes verpflichten sich die Richter*innen, alle Vorgänge, die ihnen in dieser Eigenschaft bekannt werden, auch über ihre Amtszeit hinaus vertraulich zu behandeln, soweit diese Ordnung nicht etwas anderes vorsieht.
5. Wird von irgendeiner Seite versucht das Verfahren zu beeinflussen, so macht das Schiedsgericht dies unverzüglich öffentlich bekannt.

6. Die Schiedsgerichte geben sich eine Geschäftsordnung. Diese enthält insbesondere Regelungen
 - zur internen Geschäftsverteilung und der Verwaltungsorganisation,
 - über die Bestimmung von Berichterstattem, die Einberufung und den Ablauf von Sitzungen und Verhandlungen,
 - die Vergabe von Aktenzeichen, die Veröffentlichung von Urteilen, die Ankündigung von öffentlichen Verhandlungen und weiteren Bekanntmachungen und die Dokumentation der Arbeit des Schiedsgerichtes, der Aufbewahrung von Akten und der Akteneinsicht.

§3 Richter*innenwahl

1. Die Mitgliederversammlung wählt drei Mitglieder zu Richter*innen. Diese wählen aus ihren Reihen eine*n Vorsitzende*n Richter*in, der*die das Schiedsgericht leitet und die Geschäfte führt.
2. In einer weiteren Wahl wird mindestens ein*e Ersatzrichter*in bestimmt. Die Stimmenzahl entscheidet über die Rangfolge der Ersatzrichter*innen. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.
3. Die Zahl der zu wählenden Richter*innen und Ersatzrichter*innen kann durch Beschluss der Mitgliederversammlung oder durch Satzungsbestimmung erhöht, aber nicht verringert werden.
4. Schiedsgerichtswahlen finden mindestens in jedem zweiten Kalenderjahr statt. Durch Satzungsbestimmung kann hiervon abgewichen werden. Nachwahlen führen zu keiner Amtszeitverlängerung. Das Schiedsgericht bleibt bis zur abgeschlossenen Wahl eines neuen Schiedsgerichts im Amt.
5. Richter*innen können nicht zugleich Mitglied eines Vorstandes des Vereins oder einer Gliederung sein, in einem Dienstverhältnis zum Verein oder einer Gliederung stehen oder von ihnen regelmäßige Einkünfte beziehen.
6. Mit dem Ende der Mitgliedschaft endet auch das Richter*innenamt.
7. Ein*e Richter*in kann durch Erklärung an das Gericht sein* ihr Amt beenden.
8. Scheidet ein*e Richter*in aus dem Schiedsgericht aus, so rückt für ihn*sie der*die nach

der Rangfolge nächste Ersatzrichter*in dauerhaft nach.

9. Steht beim Ausscheiden eines*einer Richter*in kein*e Ersatzrichter*in mehr zur Verfügung, so kann die unbesetzte Richterposition durch Nachwahl besetzt werden. Ebenso können Ersatzrichter*innen nachgewählt werden. Die ursprüngliche Zahl an Richter*innen und Ersatzrichter*innen darf dabei jedoch nicht überschritten werden. Nachgewählte Ersatzrichter*innen schließen sich in der Rangfolge an noch vorhandene Ersatzrichter*innen an. Nachwahlen gelten nur für den Rest der Amtszeit.

§4 Besetzung

1. Nimmt ein*e Richter*in an Beratungen, Sitzungen oder Entscheidungen in einem Verfahren nicht teil und haben die übrigen aktiven Richter*innen den*die abwesende*n Richter*in diesbezüglich ermahnt und eine angemessene Nachfrist von mindestens 13 Tagen zur Mitwirkung gesetzt, und kommt diese*r Richter*in seiner*ihrer Mitwirkungspflicht nicht nach, so kann er*sie vom konkreten Verfahren ausgeschlossen werden.
2. Ein*e befangene*r oder ausgeschlossene*r Richter*in wird durch den*die in der Rangfolge nächsten Ersatzrichter*in ersetzt. Die Verfahrensbeteiligten sind darüber in Kenntnis zu setzen.
3. Nimmt ein*e Richter*in vorübergehend aufgrund von Krankheit oder Urlaub nicht am Verfahren teil, so wird er*sie für diesen Zeitraum vom in der Rangfolge nächsten Ersatzrichter*in vertreten. Bei Vertretung während der letzten mündlichen Verhandlung wirkt statt des*der Richter*in der*die Vertreter*in am Urteil mit.
4. Das Gericht ist beschlussfähig, wenn es mit mindestens drei in diesem Verfahren zur Entscheidung befugten Richter*innen besetzt ist. Für Entscheidungen über Befangenheitsgesuche oder Ausschluss ist eine Notbesetzung von zwei Richter*innen für die Beschlussfähigkeit ausreichend. Ist ein Gericht nicht mehr beschlussfähig, so erklärt es sich gegenüber den Beteiligten und dem nächsthöheren Gericht für handlungsunfähig.

§5 Befangenheit

1. Richter*innen sind verpflichtet, Interessenkonflikte anzuzeigen. Hält sich ein*e Richter*in für befangen, so muss er*sie sich selbst ablehnen.
2. Die Verfahrensbeteiligten haben das Recht, Richter*innen wegen Besorgnis der Befangenheit abzulehnen. Das Befangenheitsgesuch muss begründet werden. Eine Partei kann eine*n Richter*in nicht mehr ablehnen, wenn sie sich bei ihm*ihr, ohne den ihr

bekanntem Ablehnungsgrund geltend zu machen, in eine Verhandlung eingelassen oder Anträge gestellt hat.

3. Der*die abgelehnte Richter*in muss zum Ablehnungsgrund dienstlich Stellung nehmen. Den Parteien wird Gelegenheit gegeben, hierzu abschließend Stellung zu nehmen.
4. Stellt das Gericht Befangenheit fest, so beschließt es das Ausscheiden des*der Richter*in aus dem Verfahren.
5. Über Befangenheitsanträge und den Ausschluss eines*einer Richter*in entscheidet das Schiedsgericht ohne dessen*deren Mitwirkung. Der*Die nach der Rangfolge nächste Ersatzrichter*in nimmt an den Beratungen und der Entscheidung teil. Entscheidungen über Befangenheitsanträge sind nicht anfechtbar.

§6 Zuständigkeit

1. Zuständig ist generell das Gericht der niedrigsten Ordnung.
2. Die örtliche Zuständigkeit richtet sich nach der Gebietsverbandszugehörigkeit des*der Antragsgegner*in zum Zeitpunkt der Anrufung.
3. Ist der*die Antragsgegner*in ein Organ einer Gliederung, so ist das Landesschiedsgericht des zugehörigen Landesverbandes, falls vorhanden, erstinstanzlich zuständig. Ist der*die Antragsgegner*in ein Organ des Bundesverbandes, so ist das Bundesschiedsgericht zuständig.
4. Für Einsprüche gegen Ordnungsmaßnahmen ist, falls vorhanden, erstinstanzlich das Landesschiedsgericht des zuständigen Landesverbandes zuständig, bei dem der*die Betroffene Mitglied ist.
5. Bei Handlungsunfähigkeit des zuständigen Gerichts verweist das nächsthöhere Gericht den Fall an ein anderes, der Eingangsinstanz gleichrangiges, Schiedsgericht, soweit vorhanden.

§7 Schlichtung

1. Eine Anrufung des Schiedsgerichts erfordert einen vorhergehenden Schlichtungsversuch.

2. Der Schlichtungsversuch wird von den Parteien in eigener Verantwortung ohne Mitwirkung der Gerichte durchgeführt. Haben die Gebietsverbände Schlichtungspersonen gewählt, so ist einer dieser Schlichtungspersonen anzurufen. Ansonsten sollen sich die Parteien auf eine Schlichtungsperson einigen. Ein Schlichtungsversuch gilt spätestens nach erfolglosem Ablauf von drei Monaten nach dessen Beginn als gescheitert.
3. Ein Schlichtungsversuch ist nicht erforderlich bei Vereinsausschlussverfahren, bei Einsprüchen gegen Ordnungsmaßnahmen, bei einer Berufung sowie in den Fällen, in denen das Schiedsgericht die Eilbedürftigkeit des Verfahrens, die Aussichtslosigkeit oder das Scheitern der Schlichtung feststellt. Entscheidungen des Schiedsgerichts hierzu sind unanfechtbar.

§8 Anrufung

1. Das Gericht wird nur auf Anrufung aktiv. Antragsberechtigt ist jede*r Junge Pirat*in und jedes Organ einer Gliederung, sofern ein eigener Anspruch oder eine Verletzung in einem eigenen Recht geltend gemacht oder Einspruch gegen eine sie betreffende Ordnungsmaßnahme erhoben wird. Anträge auf Vereinsausschluss können nur von Gliederungsorganen gestellt werden.
2. Die Anrufung wird beim Schiedsgericht eingereicht. Der Eingang bei einer Geschäftsstelle der jeweiligen Gliederung ist fristwährend.
3. Eine formgerechte Anrufung muss in Textform erfolgen und
 1. Name, Anschrift und weitere Kontaktdaten des*der Antragsteller*in,
 2. Name und Anschrift des*der Antragsgegner*in,
 3. klare, eindeutige Anträge und
 4. eine Begründung inklusive einer Schilderung der Umstände enthalten.
4. Die Anrufung muss binnen zwei Monaten seit Bekanntwerden der Rechtsverletzung erfolgen. Ein Einspruch gegen eine Ordnungsmaßnahme muss spätestens am 14. Tag nach Mitteilung des Beschlusses erhoben werden. Wird ein Schlichtungsversuch durchgeführt, so wird der Ablauf der Frist für die Dauer des Schlichtungsversuchs gehemmt.
5. Nach eingegangener Anrufung entscheidet das Gericht über die Zuständigkeit und korrekte Einreichung der Anrufung.

6. Wird der Anrufung stattgegeben, so wird das Verfahren eröffnet. Andernfalls erhält der*die Antragsteller *in eine begründete Ablehnung mit Rechtsbehelfsbelehrung. Gegen die Ablehnung ist die sofortige Beschwerde mit einer Frist von 14 Tagen zum nächsthöheren Schiedsgericht möglich.
7. Dieses entscheidet ohne Verhandlung über die Zulässigkeit der Anrufung. Wird der Beschwerde stattgegeben, so wird das Verfahren am ursprünglichen Schiedsgericht eröffnet.
8. Schiedsgerichte sind keine Verfahrensbeteiligten. Ausnahmen hiervon bilden die Beschwerde gegen eine Nichteröffnung und die Beschwerde wegen Verfahrensverzögerung, soweit ein höheres Schiedsgericht vorhanden ist.

§9 Eröffnung

1. Das Gericht eröffnet das Verfahren nach erfolgreicher Anrufung mit einem Schreiben an die Verfahrensbeteiligten. Das Schreiben informiert über den Beginn des Verfahrens, über die Besetzung des Gerichts und enthält eine Kopie der Anrufung sowie die Aufforderung an den*die Antragsgegner*in, binnen einer vom Gericht zu bestimmenden Frist zum Verfahren Stellung zu nehmen.
2. Jedes Mitglied hat zu jedem Zeitpunkt das Recht, dem Gericht gegenüber eine*n Vertreter*in seines Vertrauens zu benennen, der ihn bis auf Widerruf vertritt. Im Eröffnungsschreiben sind die Verfahrensbeteiligten darauf hinzuweisen.
3. Ist ein Organ Verfahrensbeteiligter, so bestimmt dieses eine*n Vertreter*in, der es bis auf Widerruf vertritt. Ist eine Mitgliederversammlung Antragsgegner*in, so wird ihr*e Vertreter*in durch den Vorstand bestimmt.
4. Wird das Schiedsgericht aufgrund einer Ordnungsmaßnahme gegen ein Mitglied angerufen, so enthält das Schreiben zusätzlich die Nachfrage an das betroffene Mitglied, ob dieses ein nichtöffentliches Verfahren wünscht. Nichtöffentliche Verfahren sind von allen Verfahrensbeteiligten und dem Gericht vertraulich zu behandeln.

§10 Verfahren

1. Das Gericht erforscht den Sachverhalt von Amts wegen; die Beteiligten sind dabei heranzuziehen. Es ist an das Vorbringen und die Beweisanträge der Beteiligten nicht gebunden. Das Gericht sorgt dafür, dass die Beteiligten auf alle relevanten Informationen gleichwertigen Zugriff haben.

2. Zur Aufklärung des Sachverhaltes kann das Gericht jede Person einladen und befragen. Alle Organe der Jungen Piraten sind verpflichtet, einer Einladung des Gerichtes zu folgen und dem Gericht Akteneinsicht zu gewähren.
3. Das Gericht bestimmt für das Verfahren eine*n beteiligte*n Richter*in als Bericht-erstatte*r*in. Die Parteien werden über den Fortgang des Verfahrens durch den*die Bericht-erstatte*r*in informiert und haben das Recht dazu Stellung zu nehmen. Der*Die Bericht-erstatte*r*in kann auch durch Geschäftsverteilungsplan bestimmt werden.
4. Das Gericht entscheidet grundsätzlich im schriftlichen Verfahren. Das Gericht kann eine mündliche oder fernmündliche Verhandlung durchführen. Es hat eingehende Anträge der Beteiligten angemessen zu berücksichtigen. Entscheidungen des Gerichts hierzu sind nicht anfechtbar.
5. Das Gericht bestimmt Ort und Zeit der Verhandlung. Die Ladungsfrist beträgt 13 Tage. In dringenden Fällen sowie im Einvernehmen mit den Verfahrensbeteiligten kann diese Frist bis auf drei Tage abgekürzt werden. Das Gericht kann auch ohne Anwesenheit der Beteiligten verhandeln und entscheiden; die Beteiligten sind darauf in der Ladung hinzuweisen.
6. Bei einer mündlichen oder fernmündlichen Verhandlung obliegt die Sitzungsleitung einem*einer vom Gericht bestimmten Richter*in. Den Parteien ist angemessene Redezeit zu gewähren. Bei einer Verhandlung über eine Ordnungsmaßnahme hat der*die betroffene Junge Pirat*in das letzte Wort.
7. Tritt zwischen der letzten mündlichen Verhandlung und dem Urteilsspruch dem Schiedsgericht ein*e Richter*in hinzu, der in der mündlichen Verhandlung nicht anwesend war, oder wird das Schiedsgericht durch Wahlen ausgewechselt, so ist den Verfahrensbeteiligten erneut Gehör zu gewähren.
8. Verhandlungen sind grundsätzlich öffentlich. Das Schiedsgericht kann die Öffentlichkeit ausschließen, wenn dies im Interesse des Vereins oder eines*einer Verfahrensbeteiligten geboten ist. Bei einer Verhandlung über eine Ordnungsmaßnahme eines Piraten ist die Öffentlichkeit auf Antrag des*der Betroffenen, oder falls diese*r nicht zur Verhandlung anwesend ist von Amts wegen, auszuschließen. Bei Verhandlungen zu nichtöffentlichen Verfahren ist die Öffentlichkeit immer ausgeschlossen.
9. Das Gericht kann das Ruhen des Verfahrens anordnen, wenn eine wesentliche Frage des Verfahrens Gegenstand eines staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens ist, oder vor einem staatlichen Gericht oder einer staatlichen Schiedsstelle anhängig ist oder dies von einer der Parteien beantragt wird.
10. Nach Ablauf von drei Monaten nach Verfahrenseröffnung können die Verfahrensbetei-

ligten Beschwerde beim Berufungsgericht wegen Verfahrensverzögerung einlegen. Die Beschwerde kann auch erhoben werden, wenn nicht innerhalb eines Monats nach Anrufung über die Verfahrenseröffnung entschieden wurde. Das Berufungsgericht kann das Verfahren an ein anderes Schiedsgericht verweisen.

§11 Einstweilige Anordnung

1. Auf Antrag kann das in der Hauptsache zuständige Gericht einstweilige Anordnungen in Bezug auf den Verfahrensgegenstand treffen.
2. Einstweilige Anordnungen sind zulässig, wenn die Gefahr besteht dass die Verwirklichung eines Rechts des*der Antragsteller*in vereitelt oder wesentlich erschwert werden könnte, oder sie zur vorläufigen Regelung in Bezug auf ein Streitiges Rechtsverhältnis um wesentliche Nachteile abzuwenden nötig erscheint. Eilbedürfnis und Sicherungsinteresse sind zu begründen und glaubhaft zu machen.
3. Der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung ist dem*der Antragsgegner*in unverzüglich anzuzeigen, sofern hierdurch nicht der Zweck des Antrags vereitelt wird. Einstweilige Anordnungen oder deren Ablehnung sind den Verfahrensbeteiligten unverzüglich bekanntzugeben und mit einer Begründung und einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. Die Begründung kann das Gericht innerhalb einer Woche nachreichen.
4. Gegen die einstweilige Anordnung kann innerhalb von 14 Tagen nach Bekanntgabe und Erhalt der Begründung beim erlassenden Schiedsgericht Widerspruch eingelegt werden. Ein Widerspruch hat keine aufschiebende Wirkung.
5. Das Schiedsgericht entscheidet über den Widerspruch binnen 14 Tagen oder, falls eine Verhandlung durchgeführt wurde, unverzüglich im Anschluß an diese. Gegen die Entscheidung kann Berufung eingelegt werden.
6. Wird der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung abgelehnt, ist hiergegen die sofortige Beschwerde mit einer Frist von 14 Tagen zum nächsthöheren Schiedsgericht zulässig.
7. Auf Entscheidungen zu einstweiligen Anordnungen finden die §12 Abs. 7-9 analoge Anwendung.

§12 Urteil

1. Das Urteil soll drei Monate nach Verfahrenseröffnung vorliegen. Die Richter*innen haben auf ein zügiges Verfahren hinzuwirken.
2. Das Urteil enthält einen Tenor, eine Sachverhaltsdarstellung und eine Begründung mit Würdigung der Sach- und Rechtslage. Es wird mit einfacher Mehrheit gefällt und begründet. Enthaltungen sind nicht zulässig. Das Abstimmverhalten der Richter*innen wird nicht mitgeteilt.
3. Richter*innen haben das Recht, in der Urteilsbegründung eine abweichende Meinung zu äußern. Näheres regelt die Geschäftsordnung des Gerichtes.
4. Ist gegen das Urteil Berufung möglich, so ist diesem eine Rechtsbehelfsbelehrung beizufügen.
5. Die Verfahrensbeteiligten erhalten eine Ausfertigung des Urteils in Textform.
6. Das Schiedsgericht bewahrt eine schriftliche, von allen beteiligten Richter*innen unterschriebene Ausfertigung des Urteils auf.
7. Ist das Verfahren öffentlich, so wird das Urteil veröffentlicht. Personennamen sind dabei zu pseudonymisieren. Gliederungsnamen und die Namen der beteiligten Richter*innen in ihrer Funktion sind hiervon ausgenommen. Ist das Verfahren nichtöffentlich, so wird nur der Tenor veröffentlicht.
8. Eine Abschrift der zu veröffentlichenden Urteilsfassung ist dem Bundesschiedsgericht zur gesammelten Veröffentlichung von Schiedsgerichtsentscheidungen zu übersenden. Näheres regelt die Geschäftsordnung des Bundesschiedsgerichts.

§13 Berufung

1. Gegen erstinstanzliche Urteile steht jedem*jeder Verfahrensbeteiligten die Berufung zu. Gegen Entscheidungen des Bundesschiedsgerichts findet keine Berufung statt. Das Bundesschiedsgericht kann bei wichtigen Entscheidungen eine Berufung zur Bundesmitgliederversammlung zulassen.
2. Die Berufung ist binnen 14 Tagen beim Schiedsgericht der nächsthöheren Ordnung einzureichen und zu begründen. Der Berufungsschrift ist die angefochtene Entscheidung samt erstinstanzlichem Aktenzeichen beizufügen. Maßgeblich für den Lauf der Berufungsfrist ist die Zustellung des Urteils inklusive Rechtsmittelbelehrung. Eine Berufung

muss jedoch spätestens nach 3 Monaten nach Urteilsverkündung eingelegt sein.

3. Das erstinstanzliche Schiedsgericht stellt dem Gericht der Berufungsinstanz für die Dauer des Berufungsverfahrens die Akten zur Verfügung.
4. Die Rücknahme der Berufung ist in jeder Lage des Verfahrens ohne Zustimmung des*der Berufungsgegner*in zulässig.
5. Das Berufungsgericht entscheidet über Klageanträge entweder selbst oder verweist das Verfahren an das Ausgangsgericht unter Beachtung der Rechtsauffassung des Berufungsgerichts zur erneuten Verhandlung zurück.
6. Ist gegen einen Beschluss eine sofortige Beschwerde vorgesehen, so ist diese beim nächsthöheren Schiedsgericht einzulegen und mit einer Begründung zu versehen. Die Vorschriften zur Berufung entsprechende Anwendung. Die sofortige Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

§14 Dokumentation

1. Das Gericht dokumentiert das Verfahren.
2. Die Verfahrensakte umfasst Verlaufsprotokolle von Anhörungen und Verhandlungen, alle für das Verfahren relevanten Schriftstücke und das Urteil.
3. Das Gericht kann eine Tonaufzeichnung von einer Verhandlung erstellen. Diese wird gelöscht, wenn die Verfahrensbeteiligten innerhalb eines Monats nach Erhalt des Protokolls keine Einwände erhoben haben.
4. Die Verfahrensbeteiligten können Einsicht in die Verfahrensakte nehmen.
5. Nach Abschluss des Verfahrens ist die Verfahrensakte fünf Jahre aufzubewahren. Urteile sind unbefristet aufzubewahren.

§15 Rechenschaftsbericht

1. Während seiner Amtszeit soll das Gericht in regelmäßigen Abständen insbesondere über die Zahl der anhängigen und abgeschlossenen Fälle berichten.
2. Das Gericht kann bei laufenden Verfahren, bei denen es ein erhebliches vereinsöffentliches Interesse feststellt, nach eigenem Ermessen öffentliche Stellungnahmen abgeben.

Stellungnahmen zu nicht öffentlichen Verfahren sind unzulässig.

3. Das Gericht legt der Mitgliederversammlung einen Arbeitsbericht vor, der die Fälle der Amtsperiode inklusive Urteil kurz darstellt.

§16 Kosten und Auslagen

1. Das Schiedsgerichtsverfahren ist kostenfrei. Jede*r Verfahrensbeteiligte*r trägt seine*ihre eigenen Auslagen für die Führung des Verfahrens.
2. Richter*innen erhalten für ihre Tätigkeit keine Entschädigung. Die notwendigen Auslagen, insbesondere Reisekosten, trägt der jeweilige Gebietsverband.

§17 Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen

1. Änderungen der Schiedsgerichtsordnung treten mit Beschluss in Kraft.
2. Die Amtszeit der Richter*innen wird durch die zum Zeitpunkt der Wahl gültigen Regelungen bestimmt.
3. Für laufende Verfahren ist die Schiedsgerichtsordnung in der zum Zeitpunkt der Verfahrenseröffnung gültigen Fassung maßgebend. §12 Absätze 6 bis 9 werden auch auf bereits eröffnete Verfahren angewendet. §14 Absatz 5 wird auch auf bereits abgeschlossene Verfahren angewendet.